

Halle sucht die besten Architekten

Start für Wettbewerb um Zukunftszentrum.

VON CHRISTIAN EGER

HALLE/BERLIN/MZ. Es geht los. Und das mit Tempo. Nur elf Wochen sind gestattet, um in das Rennen um den für die nächsten zehn Jahre wahrscheinlich spektakulärsten öffentlichen Bauauftrag zwischen Ostsee und Erzgebirge einzutreten.

Am Montagmorgen startete die Bundesregierung den internationalen Architekturwettbewerb für die Errichtung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Bis elften Juli können laut Mitteilung des Bundesbauministeriums „Arbeitsgemeinschaften“ aus Architekten und Landschaftsarchitekten ihre Entwürfe für das Areal am halleschen Riebeckplatz mitteilen.

Warten auf großen Wurf

Die Rede ist von „grundsätzlichen Lösungsansätzen zur architektonischen und freiräumlichen Konzeption“, die zudem baulich-gestalterisch „zukunftsweisend“ sein sollen. Erwartet wird der große Wurf. Andererseits wird die Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) zitiert: „Es soll nach dem Low-Tech-Prinzip geplant werden, bei dem robuste, wartungsarme und einfache bauliche Lösungen komplexen technischen Lösungen vorgezogen werden.“

Die Ausschreibung bis elften Juli bezeichnet die erste Phase



„Hier kann Zukunft beginnen“:
Werbung am Riebeckplatz FOTO: DPA

des Wettbewerbs, der die durch eine Jury kuratierte zweite Phase folgen soll. Im Frühjahr 2025 soll ein Preisträger ermittelt und von der Jury, die 25 Personen zählt, eine Empfehlung zur Realisierung des Bauwerkes an den Bund gegeben werden. Ein Bauwerk mit einer Nutzfläche von rund 14.000 Quadratmetern, für das Deutschland 200 Millionen Euro bereitstellt. Mitgeteilt im Schreiben: „(Preisstand 2022)“.

Eröffnung wohl erst 2030

Ein offener Prozess also mit offenen Größen. Als Baubeginn ist jetzt vom Jahr 2027 die Rede – also zwei Jahre nach der mutmaßlichen Entscheidung des Wettbewerbs. War in den ersten Mitteilungen noch von 2028 als Eröffnungstermin für das Begegnungs-, Kunst- und Dokumentationszentrum die Rede, der dann auf 2029 geschoben wurde, wird nun vom Jahr 2030 gesprochen. Und auch das hat zwölf Monate.

Halle hatte 2023 den Zuschlag für den Bau erhalten, um den sich zuletzt auch Frankfurt (Oder), Eisenach, Jena sowie Leipzig und Plauen beworben hatten. Zur Wettbewerbsjury gehören Architektur-Fachleute sowie Vertreter des Bundestages, der Bundesregierung, des Landes Sachsen-Anhalt, der Stadt Halle sowie der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“.